

Stadt Heidelberg

Drucksache:
0108/2013/IV

Datum:
26.06.2013

Federführung:
Dezernat I, Referat des Oberbürgermeisters - Geschäftsstelle Bezirksbeiräte

Beteiligung:

Betreff:

Politische Arbeit in den Bezirksbeiräten

Informationsvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen
Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 24. Juni 2014

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Kenntnis genommen:	Handzeichen:
Haupt- und Finanzausschuss	10.07.2013	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Bezirksbeirat Neuenheim	28.01.2014	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Bezirksbeirat Altstadt	30.01.2014	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Bezirksbeirat Pfaffengrund	04.02.2014	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Bezirksbeirat Weststadt/Südstadt	05.02.2014	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Bezirksbeirat Boxberg	13.02.2014	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Bezirksbeirat Kirchheim	18.02.2014	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Bezirksbeirat Emmertgrund	20.02.2014	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Bezirksbeirat Bergheim	25.02.2014	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Bezirksbeirat Rohrbach	11.03.2014	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	

Bezirksbeirat Schlierbach	25.03.2014	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Bezirksbeirat Wieblingen	27.03.2014	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Bezirksbeirat Handschuhsheim	31.03.2014	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Bezirksbeirat Ziegelhausen	01.04.2014	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	

Zusammenfassung der Information:

Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses und des Gemeinderates nehmen die Information zur Kenntnis.

Finanzielle Auswirkungen: Keine

Zusammenfassung der Begründung:

Über die Unterstützung der Arbeit der Bezirksbeiräte wird informiert.

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 10.07.2013

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 10.07.2013

5.1 Politische Arbeit in den Bezirksbeiräten

Informationsvorlage 0108/2013/IV

Stadträtin Hollinger meldet sich zu Wort und bezieht sich auf die Nachfrage in der Vorlage, Beispielfälle zu benennen. Sie benennt folgende Beispiele:

- Bezirksbeirat Rohrbach, 27.12.2010: Eine Sondersitzung wurde nicht anberaumt, obwohl ausreichend Unterschriften vorlagen.
- Bezirksbeirat Wieblingen, 31.03.2011: Radweg Mannheimer Straße, der Bezirksbeirat hatte Änderungswünsche, der Beschluss im Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss und Gemeinderat (26.05.2011) kam ohne diese Vorschläge zustande. Das Protokoll des Bezirksbeirates war erst am Tag der Gemeinderatssitzung fertig.
- Bezirksbeirat Neuenheim, 17.05.2011: Der Tagesordnungspunkt-Antrag Neckarwiesen-Imbiss wurde nicht auf die Tagesordnung genommen, obwohl ausreichend Unterschriften vorlagen. Dieses aktuelle Thema auf Herbst zu vertagen bedeutete de facto die Ablehnung des Antrages. Danach wurde der Tagesordnungspunkt nie wirklich behandelt.
- Bezirksbeirat Emmertsgrund, 29.09.2011: Die Sitzung wurde ohne Zustimmung des Gremiums abgebrochen.
- Bezirksbeirat Rohrbach, März 2012: Der Bezirksbeirat stellte einen Antrag. Darauf kündigte Herr Schmidt an, er werde den Antrag so lange verschleppen, bis es zu spät für den nächsten Doppelhaushalt sei.
- Bezirksbeirat Bergheim, März 2012: Beschluss zur Alten Feuerwache wurde nicht korrekt im Protokoll vermerkt.
- Bezirksbeirat Rohrbach, März 2013: Thema Zaun IGH / zunächst wird der Vorwurf erhoben, Gerüchte in die Welt zu setzen, in der nächsten Sitzung hieß es dann „Jetzt ist alles schon fertig“.
- Bezirksbeirat Handschuhsheim, März 2013: Mehrere Tagesordnungspunkt-Anträge wurden als unzulässig zurückgewiesen.

Sie erläutert, dies alles seien Rückmeldungen aus den Bezirksbeiräten. Weiter geht sie darauf ein, dass ein mündlicher Bericht hinsichtlich der Vorbereitungs- und Austauschmöglichkeiten aus ihrer Sicht sehr wohl eine Schlechterstellung bedeute.

Im Anschluss stellt Stadträtin Hollinger folgenden als Tischvorlage vorliegenden **Antrag** (Anlage 01 zur Drucksache 0108/2013/IV):

1. Die Vorlage wird in allen Bezirksbeiräten behandelt und danach erneut im Haupt- und Finanzausschuss vorgelegt.
2. Angebote für eine externe Evaluation der politischen Arbeitsbedingungen in den Bezirksbeiräten werden eingeholt und dem Haupt- und Finanzausschuss vorgelegt.

In der folgenden Aussprache melden sich zu Wort:

Stadtrat Lachenauer, Stadtrat Cofie-Nunoo, Stadträtin Marggraf, Stadträtin Stolz, Stadträtin Prof. Dr. Schuster, Stadträtin Dr. Trabold, Stadträtin Dr. Lorenz, Stadtrat Dr. Gradel, Stadträtin Hollinger

Folgende Argumente werden vorgetragen:

- Es sei nicht in Ordnung in öffentlicher Sitzung die Verwaltung oder einzelne Mitarbeiter in dieser Weise anzugreifen. Wenn es teilweise Probleme gebe, hätte man diese jedoch auch anders klären können, beispielsweise mit einem direkten Gespräch oder einem Brief.
- Es werde kein Problem gesehen, die Vorlage in allen Bezirksbeiräten zu besprechen. Dort wo es keine Kritik gebe, könne dies dann auch für ein Lob oder eine Bestätigung genutzt werden.
- Möglicherweise müsse man die Verwaltung an dieser Stelle mit mehr Ressourcen ausstatten. Dies bedeute dann aber auch, dass entsprechende Gelder zur Verfügung gestellt werden müssten.
- Es gehe bei diesem Thema darum, wie man Menschen motivieren könne, ein Ehrenamt auszuüben. Dies habe viel mit Wertschätzung zu tun. Es sei daher wichtig, den Bezirksbeiräten eine gute Vorbereitung zu ermöglichen und deren Meinungen und Anregungen ernst zu nehmen.
- Bei den genannten Beispielen gehe es nur darum, aufzuzeigen, dass es Probleme gebe. Es sei nicht als Schuldzuweisung gedacht, sondern als Anregung zur Diskussion, wie man die Zusammenarbeit verbessern könnte.
- Rückfragen bei Bezirksbeiräten hätten ergeben, dass man mit der Sitzungsleitung und der gegebenen Unterstützung bei allen Fragen hoch zufrieden sei. Zudem seien die Bezirksbeiräte teilweise sehr betroffen gewesen über die Anschuldigungen im Antrag 0040/2013/AN (Ziffer 3 bis 5) gegen Herrn Schmidt und sein Team (Referat des Oberbürgermeisters, Abteilung Bezirksbeiräte). Auch den Mitarbeitern der Verwaltung müsse man Wertschätzung entgegenbringen.
- Eine externe Evaluation werde nicht benötigt. Man könne aber intern darüber diskutieren, wie man die politische Arbeit in den Bezirksbeiräten optimieren könne.
- Die Ergebnisblätter sollten den Bezirksbeiräten möglichst schnell zur Verfügung gestellt werden, damit diese wissen, was genau in das nächste Gremium transportiert werde. So könne bei Irritationen noch rechtzeitig reagiert werden.
- Aufgrund des oft großen Zeitdrucks bei Beratungsfolgen, sei es nicht immer zu vermeiden, dass im Bezirksbeirat mündliche Berichte gegeben werden müssen. Ansonsten würden sich manche Entscheidungen noch länger hinziehen, da dann abgewartet werden müsste, bis alle Themen schriftlich und abgezeichnet zur Beratung vorliegen.

Stadtrat Dr. Gradel fände es nicht richtig, wenn die Vorlage mit diesen Vorwürfen gegen das Team der Abteilung Bezirksbeiräte in alle Bezirksbeiräte gehen würde. Er stellt daher folgenden **Antrag**:

Die Verwaltung formuliert einen neutralen Tagesordnungspunkt, in dem den Bezirksbeiräten die Gelegenheit gegeben wird, selbst Kritikpunkte und Anregungen vorzubringen.

Oberbürgermeister Dr. Würzner betont, Herr Schmidt und seine Abteilung habe bei den Bezirksbeiräten eine hohe Akzeptanz. Auch die mündlichen Informationen werden von den Bezirksbeiräten gern angenommen, weil diese Informationen zeitnah gegeben werden können. Auch er halte eine neutrale Formulierung zur Meinungseinholung bei den Bezirksbeiräten für besser.

Stadträtin Marggraf und Stadträtin Prof. Dr. Schuster sprechen sich dafür aus, die Vorlage in der vorliegenden Form in die Bezirksbeiräte zu geben, jedoch mit den heute genannten Argumenten, damit klar sei, dass der Antrag nicht auf einem einheitlichen Meinungsbild begründet sei. Die Rückmeldungen aus den Bezirksbeiräten sollte man dann zum Anlass nehmen, offen zu diskutieren, ob ein Handlungsbedarf in bestimmten Bereichen vorhanden sei.

Herr Schmidt zeigt sich betroffen von den genannten Beispielen und betont, bisher habe ihm hierzu keine Beschwerde vorgelegen, sonst hätte er schon längst darauf reagiert. Er legt Wert auf die Feststellung, dass er und sein Team nicht gegen die Bezirksbeiräte arbeiten, sondern diesen helfen wollen. Die Unterstellung, er würde einen Antrag verschleppen wollen, weist er entschieden zurück. Er bedauert, dass von Seiten der Antragssteller nicht der kommunikative Weg eingeschlagen worden sei, mögliche Problemstellungen zu besprechen und zu klären. Die Vorwürfe seien teilweise schon verletzend gewesen.

Nach Abschluss der Diskussion stellt Oberbürgermeister Dr. Würzner zunächst den **Antrag** von Stadtrat Dr. Gradel zur Abstimmung:

Die Verwaltung formuliert einen neutralen Tagesordnungspunkt, in dem den Bezirksbeiräten die Gelegenheit gegeben wird, selbst Kritikpunkte und Anregungen vorzubringen.

Abstimmungsergebnis: abgelehnt mit 4 : 6 : 0 Stimmen

Danach wird der **Punkt 1 des Antrages** der Fraktionsgemeinschaft Grüne / generation.hd (Anlage 01 zur Drucksache 0108/2013/IV) zur Abstimmung gestellt, mit der Ergänzung, dass die Diskussion von heute im Beratungsergebnis festgehalten und mitgeschickt wird:

Die Vorlage wird in allen Bezirksbeiräten behandelt und danach erneut im Haupt- und Finanzausschuss vorgelegt. Die Diskussion aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 10.07.2013 wird im Ergebnisblatt dokumentiert und zur Kenntnisnahme beigefügt.

Abstimmungsergebnis: beschlossen mit 11 : 4 : 0 Stimmen

Im Anschluss lässt Oberbürgermeister Dr. Würzner über **Punkt 2 des Antrages** der Fraktionsgemeinschaft Grüne / generation.hd (Anlage 01 zur Drucksache 0108/2013/IV) abstimmen:

Angebote für eine externe Evaluation der politischen Arbeitsbedingungen in den Bezirksbeiräten werden eingeholt und dem Haupt- und Finanzausschuss vorgelegt.

Abstimmungsergebnis: abgelehnt mit 3 : 11 : 1 Stimmen

Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses:

Die Vorlage wird in allen Bezirksbeiräten behandelt und danach erneut im Haupt- und Finanzausschuss vorgelegt. Die Diskussion aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 10.07.2013 wird im Ergebnisblatt dokumentiert und zur Kenntnisnahme beigefügt.

gezeichnet
Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister

Ergebnis: verwiesen in den Bezirksbeirat
Ja 11 Nein 4 Enthaltung 0

Sitzung des Bezirksbeirates Neuenheim vom 28.01.2014

Ergebnis: Kenntnis genommen

Sitzung des Bezirksbeirates Altstadt vom 30.01.2014

Ergebnis: Kenntnis genommen

Sitzung des Bezirksbeirates Pfaffengrund vom 04.02.2014

Ergebnis: Kenntnis genommen

**Sitzung des Bezirksbeirates Weststadt/Südstadt vom
05.02.2014**

Ergebnis: Kenntnis genommen

Sitzung des Bezirksbeirates Boxberg vom 13.02.2014

Ergebnis: Kenntnis genommen

Sitzung des Bezirksbeirates Kirchheim vom 18.02.2014

Ergebnis: Kenntnis genommen

Sitzung des Bezirksbeirates Emmertsgrund vom 20.02.2014

Ergebnis: Kenntnis genommen

Sitzung des Bezirksbeirates Bergheim vom 25.02.2014

Ergebnis: Kenntnis genommen

Sitzung des Bezirksbeirates Rohrbach vom 11.03.2014

Ergebnis: nicht behandelt

Sitzung des Bezirksbeirates Schlierbach vom 25.03.2014

Ergebnis: Kenntnis genommen

Sitzung des Bezirksbeirates Wieblingen vom 27.03.2014

Ergebnis: Kenntnis genommen

Sitzung des Bezirksbeirates Handschuhsheim vom 31.03.2014

Ergebnis: Kenntnis genommen

Sitzung des Bezirksbeirates Ziegelhausen vom 01.04.2014

Ergebnis: Kenntnis genommen

Begründung:

Mit Antrag 17.05.2013 (Drucksache: 0040/2013/AN) haben die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und generation.hd die Verwaltung beauftragt, Vorschläge vorzustellen, wie die Arbeit in den Bezirksbeiräten zufriedenstellender gestaltet werden kann. Als konkrete Probleme werden genannt:

Zu 1. „Die Vorbereitung ist teilweise nicht ausreichend möglich, da zu den Tagesordnungspunkten keine Unterlagen geliefert werden, sondern nur mündliche Berichte erfolgen.“

Vorlagen, die im Beratungslauf in den Bezirksbeiräten beginnen oder dort nur zur Beratung anstehen, werden grundsätzlich den Bezirksbeiratsmitgliedern, den Kinderbeauftragten und der Vertretung des Stadtteilvereins sowohl gedruckt als auch digital im Bürgerinformationssystem zur Verfügung gestellt. Mündliche Berichte werden in den Sitzungen hauptsächlich von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der zuständigen Fachämter gegeben. Eine Änderung dieser Regelung würde für die Verwaltung einen erheblichen Mehraufwand bedeuten, der in diesem Umfang nicht leistbar ist. Im Jugendgemeinderat und dem Ausländer- und Migrationsrat sind mündliche Berichte neben gemeinderätlichen Vorlagen auch Gegenstand der Tagesordnung, im Beirat von Menschen mit Behinderungen stehen mündliche Berichte auf jeder Tagesordnung. Ein mündlicher Bericht bedeutet keine Schlechterstellung für die Gremiumsmitglieder.

Zu 2. „Die Vorbereitung wird erschwert, da die vorhandenen Sitzungsunterlagen teils sehr umfangreich sind und erst wenige Tage vor der Sitzung zur Verfügung gestellt werden. Viele BezirksbeirätInnen wünschen sich einen längeren Vorlauf. Außerdem werden die Sitzungsunterlagen nicht digital zur Verfügung gestellt.“

Die Sitzungen der Bezirksbeiräte werden schriftlich mit angemessener Frist und der dafür vorgesehenen Tagesordnung einberufen. Dabei orientiert sich die Verwaltung an der Einladungsfrist für die Mitglieder des Gemeinderates. Eine Besserstellung der Bezirksbeiratsmitglieder im Vergleich zu den Mitgliedern des Gemeinderates ist unangemessen. Es ist richtig, dass trotz aller Versuche, die Papierflut einzudämmen, auch den Mitgliedern der Bezirksbeiräte gelegentlich umfangreichere Unterlagen für einen Beratungspunkt zugeschickt werden. Es ist nicht auszuschließen, dass vereinzelt Beratungsunterlagen nachgeschickt werden. Dies ist aber die Ausnahme.

Alle Beratungsunterlagen für eine öffentliche Sitzung werden ins Internet eingestellt und sind dort über das Bürgerinformationssystem früher abrufbar, als es eine Postzustellung ermöglichen würde. Die Mitglieder der Bezirksbeiräte bedienen sich des Internetzugriffs schon lange.

Zu 3. „Der Ablauf der Sitzungen ist oft formal nicht korrekt. So werden z.B. Anträge nicht aufgerufen bzw. nicht abgestimmt.“

Anträge sind für den geordneten Ablauf einer Bezirksbeiratssitzung von fundamentaler Bedeutung. Gleiches gilt auch für die Abstimmungen darüber. Daran hält sich die Verwaltung bei der Leitung der Sitzungen. Beanstandungen gab es von Seiten der Bezirksbeiräte bisher nicht. Der pauschal geäußerte Vorwurf formal nicht korrekt durchgeführter Sitzungen trifft nicht zu. Wir bitten um Benennung der Fälle, wo dies passiert sein soll.

Zu 4. „Initiativen aus der Mitte der Bezirksbeiräte werden bei Formfehlern nicht helfend unterstützt, sondern mit Hinweis auf diese zurückgewiesen.“

Die Aufgabe einer Sitzungsleitung ist es gerade, den Mitgliedern der Bezirksbeiräte in einem von oftmals bürokratischen Vorgaben geprägten Umfeld behilflich zu sein. Das wurde in der Vergangenheit von der für die Mitglieder der Bezirksbeiräte zuständigen Abteilung im Referat des Oberbürgermeisters innerhalb und außerhalb der Sitzungen praktiziert und von den Mitgliedern sehr geschätzt. Dieser Vorwurf ist für die Verwaltung nicht nachvollziehbar.

Drucksache:

0108/2013/IV

00234215.doc

...

Zu 5. „Beschlüsse der Bezirksbeiräte werden in den Sitzungsunterlagen für die nachfolgenden Gremien nach Ansicht der BezirksbeirätInnen mitunter nicht korrekt wiedergegeben. Die Protokolle selbst werden mit so großer Verzögerung fertig gestellt, dass der Beratungslauf der behandelnden Punkte bis dahin abgeschlossen ist.“

Die korrekte Wiedergabe der Beschlüsse aus den Sitzungen der Bezirksbeiräte ist für den weiteren Beratungsgang von wesentlicher Bedeutung. Die Verwaltung bedient sich in den Bezirksbeiratssitzungen seit Jahren eines Mitschnittsystems, das es uns ermöglicht, bei Unklarheiten auf den genauen Wortlaut zurückzugreifen. In den letzten 15 Jahren gab es nur eine gewünschte Protokollberichtigung von einem Bezirksbeirat. Die für die Unterzeichnung der Protokolle vorgesehenen Mitglieder bestätigen mit ihrer Unterschrift die Korrektheit des Protokolls. Sollten im Vorfeld der Unterzeichnung Fragen auftauchen, versuchen wir, diese zu klären, gegebenenfalls auch durch Textkorrektur.

Bei den Protokollen ist zu unterscheiden zwischen einem Ergebnisblatt, das zügig innerhalb einer vorgegebenen Beratungsschiene zu erstellen ist und einem Gesamtprotokoll, für dessen Erstellung etwas mehr Zeit verbleibt.

Ein Ergebnisblatt wird nach einer Bezirksbeiratssitzung sofort ausgefertigt und dem nächsten zur Beratung vorgesehenen Gremium, zumeist ein beschließender Ausschuss, rechtzeitig für die weitere Beratung zur Verfügung gestellt. In diesem Ergebnisblatt werden alle relevanten Argumente, Anträge und sonstigen Ereignisse festgehalten, so dass die nachfolgenden Gremien ausreichend informiert sind und die Meinung der Bezirksbeiräte bei der Beschlussfassung berücksichtigt werden kann. Ob der Gemeinderat der Empfehlung des Bezirksbeirates folgt, ist jedoch seine Entscheidung.

Die Erstellung des Gesamtprotokolls ist für den Beratungslauf aufgrund des Ergebnisblattes nicht mehr relevant und nimmt von der Erstellung bis hin zur Abwicklung nach der Unterzeichnung durch zwei Bezirksbeiratsmitglieder mehr Zeit in Anspruch. Die Verwaltung ist bemüht, diese Protokolle in angemessener Zeit zur Verfügung zu stellen.

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Keine

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

Keine

gezeichnet

Dr. Eckart Würzner

Anlagen zur Drucksache:

Nummer:	Bezeichnung
A 01	Inhaltlicher Antrag der Fraktionsgemeinschaft Grüne/gen.hd vom 10.07.2013 (Tischvorlage in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 10.07.2013)

Drucksache:

0108/2013/IV

00234215.doc

...

